

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Andreas Krahl

Abg. Susann Enders

Abg. Florian von Brunn

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Roland Magerl

Abg. Toni Schuberl

Abg. Carolina Trautner

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Ramona Storm

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion
"Corona-Protokolle des RKI überführen Söder-Regierung - Transparenz und
Aufklärung jetzt"**

Sie kennen das Prozedere: 5 Minuten Redezeit respektive 10, wenn zusammengelegt wird. – Als Erster erteile ich der Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass auch unser Ministerpräsident heute hier im Hohen Hause ist.

Vor etwa zwei Wochen wurde die Herausgabe der Protokolle des Corona-Krisenstabs des Robert-Koch-Instituts durch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin erzwungen. Diese Protokolle belegen: Die Kritiker der Corona-Politik hatten von Anfang an recht.

(Beifall bei der AfD)

Dafür wurden sie von diesem Staat und seiner Polizei verleumdet und bekämpft. Friedliche Maßnahmenkritiker wurden auf unseren Straßen niedergeprügelt, Kinder und Jugendliche durch Wälder gejagt und an Schlittenhängen verfolgt. Frauen wurden bei der Geburt zum Maskentragen gezwungen – eine besonders barbarische Methode.

(Beifall bei der AfD – Martin Wagle (CSU): Unverschämtheit!)

Familien wurden entzweit, Menschen gegeneinander aufgehetzt, die Grundrechte ausgehebelt, die Menschenrechte mit Füßen getreten.

Die Kartellparteien haben mit diesen Maßnahmenorgien unseren Rechtsstaat zu einem Unrechtsregime ausgebaut und umgebaut.

(Martin Wagle (CSU): Unrechtsregime? Was ist das? Das ist ein Skandal! Das ist eine Unverschämtheit!)

Kritiker wurden der Delegitimierung des Staates bezichtigt und vom Inlandsgeheimdienst verfolgt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie sind die fünfte Kolonne Moskaus!)

Wo waren da die mutigen Stimmen der Medien, der Wissenschaft, der Gerichtsbarkeit, die sich diesen grundgesetzfeindlichen Entwicklungen entgegengestellt hätten? – Sie alle haben geschwiegen und sich feige auf die Empfehlungen des RKI berufen.

Diese aktuell noch nicht einmal vollständig veröffentlichten Protokolle zeichnen nun ein völlig neues Bild; denn sie belegen, dass die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung die Bürger über die tatsächlichen Empfehlungen getäuscht haben und sogar entgegen diesen gehandelt haben.

Während die CSU-Parteikompizin Andrea Tandler nach ein paar Telefonaten mit dem Strauß-Clan im Frühjahr 2020 "Schutzmasken" – in Anführungszeichen – vermittelte und ohne jede Scham Provisionen von mehr als 48 Millionen Euro einstrich, hielt Herr Söder die schützende Hand über seinen schwarzen Filzladen.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Ei, ei, ei! – Unruhe bei der CSU – Martin Wagle (CSU): Sie werden von Moskau bezahlt!)

Und das, obwohl ihm längst bekannt war, dass es nach Ansicht des RKI-Stabes keine Evidenz für die Nutzung von FFP2-Masken außerhalb des Arbeitsschutzes gab.

Das RKI hatte stattdessen empfohlen, die Maskenpflicht auf Personen zu beschränken, die mit infektiösen Patienten arbeiten. Schon im Februar und im Juli 2020 hatte das RKI erklärt, dass es das Tragen von Masken im Alltagsleben ausdrücklich nicht

empfehle. Am 2. November ergänzte es, dass FFP2-Masken selbst Risikogruppen nicht auf Dauer zugemutet werden könnten, sondern nur für die unmittelbare medizinische Arbeit vor Ort und für einen begrenzten Zeitraum gedacht seien. Am 15.01.2021 erwägt es gar ein – Zitat – "Verbot für das Tragen in anderen Bevölkerungsgruppen".

Herr Söder, das alles wussten Sie!

(Beifall bei der AfD)

Dennoch haben Sie die Menschen und auch unsere Kinder zum stundenlangen Tragen der Atembehinderungen gezwungen. Die einzig logische Schlussfolgerung, liebe Damen und Herren, ist: Diese FFP2-Maskenpflicht wurde zur Bereicherung der CSU-Amigos in Bayern eingeführt.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU)

Doch damit bei Weitem nicht genug: Lockdowns haben zum Teil schwerere Konsequenzen als COVID selbst, so der RKI-Krisenstab. Durch Lockdowns sei sogar eine steigende Kindersterblichkeit zu erwarten. Dennoch setzte die Regierung am 16.12.2020 den harten Lockdown durch. Die Schulen wurden für ein halbes Jahr geschlossen, obwohl das RKI noch wenige Tage vorher festgestellt hatte, dass Schulschließungen nicht das Mittel seien, um die Pandemie einzudämmen.

Der größte Skandal jedoch

(Zuruf von der CSU: Das sind Sie!)

ist die sogenannte COVID-19-Impfung. Am 19.03.2021 schrieb das RKI, dass noch nicht zu sehen sei, dass aufgrund des Impfeffekts weniger Alte sterben. Es fragte sich gar – Zitat –: "Sterben Geimpfte?" Und es stellte fest – Zitat –: "Das Hauptrisiko, an COVID-19 zu versterben, ist das Alter." Und – Zitat –: "Bei normaler Influenzawelle sterben mehr Leute."

Dessen ungeachtet, forderte Ministerpräsident Söder am 12. Juli 2021: "Ohne Impfen keine Freiheit." – Er wollte den De-facto-Lockdown für Ungeimpfte, ein moralisches Verbrechen nicht nur an den betroffenen Menschen, sondern auch an Recht und Gesetz.

(Beifall bei der AfD)

Für die Nennung all dieser Tatsachen wurden wir und alle anderen freidenkenden Menschen von Ihnen, den meisten Politikern und Medien, als "Corona-Leugner", "Covidioten" und "Querdenker" bezeichnet. Alle Kartellparteien machten brav mit, mit Ausnahme unsererer AfD.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Gelächter!)

Die öffentlich-rechtlichen Sender und Konzernmedien verbreiteten willfährig Ihre Lügen, halfen Ihnen bei der Erzwingung Ihrer autoritären Maßnahmen und machten sich zu Mittätern, was wohl auch das gegenwärtige Schweigen im Blätterwald erklären dürfte.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sie haben Ihre Maßnahmen unter rechtswidriger Auslegung des Grundgesetzes erzwungen.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, die Redezeit ist beendet.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sie wussten von der sehr wahrscheinlichen – –

(Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, die Redezeit ist beendet.

(Die Rednerin verlässt das Rednerpult – Beifall bei der AfD)

Als Nächster spricht für die CSU-Fraktion Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback; er hat 10 Minuten.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Ausführungen von Frau Ebner-Steiner lassen einen eigentlich nur mit Kopfschütteln und sprachlos zurück.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Das war ein ganz durchsichtiger und verantwortungsloser Versuch, im Nachgang einer dramatischen Situation – der schwersten Krise, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu bestehen hatte – zu skandalisieren. Skandalisieren ist nicht nur ein Selbstzweck, sondern es geht letztlich darum – das ist bei dieser Rede ganz deutlich geworden –, unsere demokratischen Institutionen zu delegitimieren,

(Zuruf von der AfD: Ah!)

was Sie an anderer Stelle mal ganz offen ausgesprochen haben. Darum geht es Ihnen, um nichts anderes. Ihnen ist nicht an einer sachlichen Auseinandersetzung gelegen. Ihnen ist nicht daran gelegen

(Zuruf von der AfD: Sie vertragen keine Kritik! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie vertragen keine Kritik!)

zu schauen, wie unser Land für eine kommende Herausforderung stärker wird, sondern Ihnen ist daran gelegen, auf Kosten der Allgemeinheit aus einer Krise Kapital zu schlagen, sich mit Verschwörungstheoretikern zu verbünden,

(Zuruf)

die an anderer Stelle unterwegs sind. Das wird Ihnen in Bayern aber nicht gelingen; dazu ist die große Mehrheit der Bayern viel zu schlau.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

"Krise" bedeutet vom griechischen Wortsinn her "Zuspitzung" und "Entscheidung". Krisen sind gerade für freiheitliche demokratische Staaten Gelegenheiten, um stärker zu werden, um aus Krisensituationen gestärkt hervorzugehen, weil man gemeinsam diese Krise bewältigt, dann auch objektiv auf die Krise schaut und für künftige Herausforderungen stärker wird. Krisen können aber auch – und das versuchen Sie – demokratische Staaten schwächen, indem Vertrauen erschüttert wird.

(Zuruf von der AfD: Sie haben doch Vertrauen erschüttert!)

Nicht die Entscheidungen in einer Krise, die verantwortlich getroffen werden, schwächen ein Land, sondern das, was Sie hier versuchen, schwächt unsere Demokratie. Das wird die Mehrheit dieses Hauses nicht zulassen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht.

(Zuruf von der AfD: Gut!)

– Ich glaube nicht, dass es Ihnen besonders gut geht.

(Zuruf von der AfD: Doch, doch!)

Die subjektive Wahrnehmung und die objektive Realität klaffen oft auseinander, aber gut.

(Zuruf von der AfD: Sie lenken vom Thema ab!)

Ich erinnere mich noch ganz gut an die Situation, die wir hier viele Male diskutiert haben. Ich kann mich auch gut daran erinnern, dass ich etwa vor einem halben Jahr einen guten Freund, der über sechs Jahre in Amerika gearbeitet hat, getroffen habe. Er hat in Newark gelebt und gesagt: Ja, das war so. In der Nähe von New York und in New York haben Kühlschiffe geankert, um Leichen aufzunehmen.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich vom Bayerischen Rundfunk am Anfang des Untersuchungsausschusses für ein Interview angefragt wurde. Mich hat eine Journalistin betreut – es war noch ein bisschen Zeit –, die ihre Eindrücke aus Bergamo geschildert hat. Sie hat gesagt: Ich habe die Säрге vorbeifahren sehen.

(Zuruf)

Ich kann mich an viele Gespräche mit Angehörigen von Leuten erinnern, die von Corona gerade in den ersten zwei Jahren der Pandemie massiv betroffen wurden. Ich finde es beschämend, wie Sie hier argumentieren, wie Sie hier auf Kosten des Leids und auch auf Kosten der Beamtinnen und Beamten sowie der Ehrenamtlichen, die in dieser Krise bis aufs Letzte gearbeitet haben, um unser Land bestmöglich durch diese Krise zu führen, Ihr politisches Süppchen kochen, wie Sie Dinge verdrehen. Das ist der falsche Weg.

Ja, wir brauchen Transparenz. Ich meine, wir haben in Bayern dazu auch viel geleistet. Wir haben in Bayern einen Untersuchungsausschuss gehabt, der sich mit der Schutzmittelbeschaffung intensiv auseinandergesetzt hat. Die Kollegen, die dabei waren, werden sich sicherlich an die 45 Sitzungen, an die über 100 Zeugen, an die Tausenden von Seiten an Akten erinnern, die wir von den Ministerien und von den damit befassten Behörden bekommen haben. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass irgendein Verfahren gegen die Beweisaufnahme in Gang gesetzt wurde. Ich kann mich an intensive Befragungen, an intensive Aufarbeitung erinnern.

Ein Teil dieses Untersuchungsausschusses hat auch die Struktur und die Situation der damaligen Zeit objektiv beleuchtet. Wir haben klar vor Augen geführt bekommen, dass es damals um Leben und Tod ging, dass Krankenhäuser vor der Schließung standen, weil unser Gesundheitssystem an einem Punkt angekommen war, an dem sich die Frage stellte: Werden wir dieses Gesundheitssystem aufrechterhalten können?

In einer Krise ist Nichthandeln die schlechteste Option. Wenn in einer Krise gehandelt wird, passieren auch Fehler, weil der Handelnde aus der Situation heraus eine Ent-

scheidung treffen muss. Diese Entscheidungen haben die Ministerien und die Verantwortlichen ja nicht allein getroffen, sondern ich kann mich gut an die vielen Sitzungen erinnern, die wir hier im Parlament hatten, in denen die Verordnungen, bevor sie erlassen wurden, jedes Mal intensiv diskutiert wurden. Das Parlament war eingebunden.

Wer hier meint, es gäbe eine Intransparenz, eine Verschwörung, ist einfach auf dem falschen Dampfer und kocht sein Süppchen, um eben politisch Gewinn zu machen. Das ist aber nichts Neues von der Seite, dass wir uns in einer Krise, die wir jetzt sehen, bei der es um eine Auseinandersetzung europäischen Ausmaßes mit Russland geht, mit einem Imperialismus, dem wir uns gegenübersehen, wiederum nicht auf die auf der ganz rechten Seite verlassen können. Das ist doch offensichtlich.

Ich bin überzeugt davon, dass wir in Bayern aus den Erfahrungen der Pandemie heraus unser Land auch weiter stärker machen. Es sind ja schon Schlussfolgerungen gezogen worden: Wir haben Krisenzentrallager eingerichtet. Wir haben beispielsweise eine schlagkräftige Struktur beim Landesamt für Gesundheit für pandemische Lagen eingerichtet. Wir haben die Strukturen der Notfallversorgung auf den Prüfstand gestellt.

Wir dürfen dabei nicht stehen bleiben. Klar müssen Dinge transparent gemacht werden. Klar ist – das hat Bundesgesundheitsminister Lauterbach in der letzten Woche ja auch gesagt –: Jetzt sind diese Papiere vom RKI veröffentlicht worden. Da muss maximale Transparenz herbeigeführt werden. Dafür werde ich sorgen. – Dafür soll er sorgen. Das ist seine Aufgabe; dafür hat er unsere Unterstützung. Wir werden uns natürlich auch weiterhin diese Dinge anschauen und darauf achten, dass unsere Demokratie, dass unser Land für die Zukunft stärker wird. Das ist Verantwortung.

Verantwortung ist es aber nicht, dass man sich wie hier Frau Ebner-Steiner hinstellt und versucht, Dinge zu skandalisieren, die nicht zu skandalisieren sind, und an der Tatsache vorbeigeht, dass beispielsweise vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof über 400 Verfahren gegen Corona-Verordnungen geführt wurden und nur 6 davon,

meiner Kenntnis nach, zur Aufhebung einzelner Vorschriften geführt haben. Das, was Sie hier tun, ist verantwortungslos und ein Angriff auf unsere Demokratie;

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Widerspruch der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

denn Sie versuchen, das Vertrauen der Menschen in diesen Staat, in die Institutionen zu erschüttern. Das wird Ihnen nicht gelingen. Die Bayern werden schlau genug sein, das richtig einzuordnen; davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Kollege Andreas Krahl.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, AfD-Fraktion! Ein Onlinemagazin, das sich in der Hauptsache eigentlich auf die Verbreitung von Verschwörungsmythen spezialisiert hat, hat jetzt mehr als 200 Dokumente aus internen Krisensitzungen des RKI veröffentlicht, Zeitraum: Januar 2020 bis April 2021. Es geht also um die Empfehlungen der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

Quasi noch in der gleichen Sekunde schäumen die einschlägigen Verschwörungsblasen über. Sie reißen Sätze aus dem Zusammenhang, zitieren unvollständig und fühlen sich in Ihrem ominösen Freiheitskampf gegen jede einzelne Infektionsschutzmaßnahme auch noch bestätigt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

In den sozialen Netzwerken, meine Damen und Herren, wird der Ton dann auch noch schnell bedrohlich und gewaltsam.

Jetzt muss man eines sagen – und das merkt man relativ schnell, allein wenn man die Rede der Kollegin Ebner-Steiner heute hier betrachtet –: Dass die Namen der Mitar-

beitenden des RKI in den Protokollen zu deren Schutz erst mal geschwärzt sind, ist eine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diskutieren sie in einem geschützten Rahmen und nicht, wie es der Kollege Bausback ausgeführt hat, wie wir Politiker:innen in der Öffentlichkeit. Ich gebe dem Kollegen Bausback vollkommen recht: Ja, wir haben das zu jeder Stunde hier im Hohen Haus, im Parlament getan, wir haben vor der Öffentlichkeit diskutiert.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann, meine Damen und Herren, muss man auch mal in die Protokolle hineinschauen. Was bringen denn diese Protokolle jetzt so wahnsinnig Spektakuläres ans Tageslicht? – Ich kann es Ihnen sagen: Nichts, nichts und noch mal nichts! Wissen Sie, was da drinsteht? – Sie dokumentieren die Ernsthaftigkeit, mit der sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit den Schutzmaßnahmen und ihren Folgen auseinandergesetzt haben. Das steht in den Protokollen. Über Abstandsregeln, Maskenpflicht, Impfstoffe, Schulschließungen wurde durchgehend – ich wiederhole mich – öffentlich und, ja, auch kontrovers diskutiert, nicht nur hier im Plenum – ich schaue in Richtung des ehemaligen Gesundheitsministers –, weiß Gott auch hart in der Sache damals im Gesundheitsausschuss.

In der Rückschau ist es relativ leicht zu sagen, dass die Maßnahmen alle zu drastisch waren. Ich sage auch in aller Deutlichkeit: Nicht jede einzelne Entscheidung war vollkommen richtig. Mit den Folgen, meine Damen und Herren, müssen wir uns weiter auseinandersetzen; das ist unsere Pflicht. Aber es bringt doch nichts, jetzt das Rad zurückzudrehen, sondern die Folgen müssen evaluiert werden, damit wir in Zukunft viel, viel besser auf potenzielle Bedrohungsszenarien vorbereitet sind. Das muss das Mittel der Wahl sein.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erlauben Sie mir noch festzustellen, nachdem ich jetzt hier der erste Redner aus dem Gesundheitsausschuss bin, der das damals von vornherein mitberaten hat: Niemand,

meine Damen und Herren, wusste Ende 2019, was die Auswirkungen wirklich sein würden. Am allerwenigsten – das traue ich mich schon zu sagen – wusste das die Fraktion hier rechts außen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ende 2019 waren Sie es, die Panik verbreitet haben, die Bilder von toten Menschen in den Straßen von Wuhan durch die sozialen Netzwerke gespült haben.

(Zuruf von der AfD)

Erst als das in Ihren Bubbles nicht mehr funktioniert hat, haben Sie eine 180-Grad-Wende gemacht, und die versuchen Sie bis zum heutigen Tag auszuschlachten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CSU – Zuruf von der AfD)

Ich kann Ihnen Brief und Siegel geben: Hätten wir die Bilder wie in Bergamo oder wie in New York in München, in Rosenheim oder in Nürnberg gehabt, dann würde von Ihnen heute hier ein ganz anderer Ton angeschlagen werden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Beifall des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Zusammenfassend kann ich nur sagen: Wenn man die Rede der Kollegin Ebner-Steiner Revue passieren lässt, muss man sich fragen, was der Unterschied zwischen dieser Rede und einem Eimer voll Mist ist. Ich kann es Ihnen sagen: Es ist der Eimer.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht als Nächste die Kollegin Susann Enders; sie spricht zehn Minuten.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Schon die Überschrift der Aktuellen Stunde ist an Polemik ei-

gentlich nicht zu übertreffen: "Corona-Protokolle des RKI überführen Söder-Regierung". – Wo waren Sie von der AfD eigentlich während Corona? Wo waren Sie die vergangenen Jahre? Haben Sie von der AfD überhaupt nichts mitbekommen? "Söder-Regierung": Seit 2018 – ich habe es seit 2018 miterleben dürfen, seitdem bin ich Mitglied des Bayerischen Landtags – haben wir in Bayern eine Regierungskoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN. Auch wenn Ihnen von der AfD das nicht passen sollte, haben wir es gemeinsam geschafft, die unterschiedlichen Meinungen zu Corona in der Bevölkerung und in der Wissenschaft hier in der Regierungskoalition als unterschiedliche Meinungen zweier Regierungspartner, nämlich CSU und FREIE WÄHLER, in eine gemeinsame Richtung zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Bayern zu bringen. Also streichen Sie aus Ihrem Hirn dieses Wort "Söder-Regierung" und ersetzen Sie es bitte korrekt durch "Bayernkoalition", meine Damen und Herren, und zwar "erfolgreiche Bayernkoalition".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das gab es vorher noch nie in der bayerischen Geschichte: die erfolgreiche Fortsetzung einer Regierungskoalition, noch dazu in schwersten Corona-Krisenzeiten.

Das Coronavirus und die gesellschaftlichen Folgen haben unser Land geprägt und verändert. Wer mich kennt, der weiß, dass ich dazu immer sehr klar und deutlich gesprochen habe und dass ich auch kritisch zu politischen Entscheidungen stand, dass ich nachträglich Entscheidungen infrage gestellt und um Entschuldigung gebeten habe für Entscheidungen, die sich im Laufe der Monate danach als falsch erwiesen haben. Ich habe auch immer wieder darauf hingewiesen, dass es einem Virus völlig wurscht ist, was für ein politisches Wunschdenken manch einer von uns oder von Ihnen hat. Das Coronavirus, als es 2020 erstmals im politischen Diskurs aufgetaucht ist, war neu und unberechenbar, meine Damen und Herren. Wir alle wussten nicht, was passieren würde – und schon gar nicht eine AfD, die die Corona-Pandemie in Anbetracht der Opfer respektlos politisch ausgeschlachtet hat. Das ist und bleibt erbärmlich. Wir alle wussten in den ersten Wochen und Monaten nicht, was passieren würde, welche poli-

tischen und wissenschaftlichen Entscheidungen die richtigen sind. Wir mussten als Staatsregierung in Bayern bewerten, wachsam sein und nach bestem Wissen und Gewissen gemeinsam in der Koalition entscheiden. Wir haben innerhalb der Koalition mit unterschiedlichen Ansichten gerungen. Vielleicht war es aber gerade dieses Ringen; denn dadurch wurde die für uns alle unbekannte Lage noch sorgfältiger einer Prüfung unterzogen.

Die Bayerische Staatsregierung hat damals unter den Vorzeichen, die es gab, gehandelt, meine Damen und Herren. Manches Handeln war gut, hat Leben geschützt und Existenzen gerettet, und manches Handeln hat sich im Nachhinein als falsch herausgestellt. Ich erinnere mich an die unzähligen Debatten hier im Hause, daran, dass wir auch an den Bund und an das RKI appelliert haben, die Erfahrungen aufzunehmen und neu zu bewerten.

Und ja, in der Corona-Pandemie wurden auch Fehler gemacht – politische und wissenschaftliche. Auch das RKI als wissenschaftliches Organ übt heute Kritik an sich selbst. Die Reflexion dessen, was in jener Zeit passiert ist, gehört dazu; das sehe ich genauso.

Wie schon erwähnt, kann auch die Politik – Politiker der Regierung und der Opposition – sich mit den Corona-Jahren auseinandersetzen. Wir müssen das auch tun.

Und ja, Schulschließungen, G-Regelungen, Ausgangssperren – all diese Maßnahmen stehen heute, das heißt mit heutigem Wissen, zum Teil berechtigt in der Kritik. Was aber wäre denn gewesen, wenn wir damals zu locker aufgetreten wären? Würden Sie von der AfD uns dann heute hier als "Mörder" bezeichnen? Sie schlachten schamlos eine globale Gesundheitskrise politisch aus. So arbeiten Sie. Das ist eigentlich der wahre Skandal.

Ich erinnere mich sehr genau – an dieser Stelle müssen auch zahlreiche Medien massiv kritisiert werden –, dass es während Corona ein mediales Auf und Ab gab, die ständige Jagd nach persönlichen Gesundheitsdaten, den ständigen Drang, höchstper-

sönliche Daten öffentlich zu präsentieren und zu interpretieren oder einfach nur Vermutungen über Gesundheit oder Krankheit oder den Impfstatus von Personen des öffentlichen Lebens zu veröffentlichen und sie gegebenenfalls gleich abzuurteilen. Auch ich war Opfer einer derartigen Kampagne.

Wenn die Infektionszahlen nach oben gingen, konnten ein Lockdown und die sonstige Verschärfung von Maßnahmen nicht schnell genug gehen. Blieben die Zahlen gleich oder sanken sie, wurde medial unverzüglich nach Öffnung geschrien. Es war unmöglich, die eine richtige politische Entscheidung zu treffen. Es gab nicht die eine richtige Entscheidung.

Das RKI schreibt zu den veröffentlichten Protokollen, dass sie eine – ich zitiere – "Zusammenfassung von Diskussionen [sind], die innerhalb des COVID-19-Krisenstabs des RKI stattgefunden haben."

Und:

"Diese Diskussionen spiegeln den offenen wissenschaftlichen Diskurs wider, in dem verschiedene Perspektiven angesprochen und abgewogen werden. Einzelne Äußerungen im Rahmen solcher Diskussionen spiegeln jedoch nicht zwangsläufig die dann abgestimmte Position des RKI wider."

Natürlich kannte auch die Wissenschaft nicht sofort die eine richtige Lösung. Ich möchte das RKI, was viele seiner fachlichen Einschätzungen angeht, in Schutz nehmen. Ebenso kritisiere ich aber auch das RKI – für sein Verhalten, für seine Kommunikation und für einige seiner fachlichen Empfehlungen. Und ja, auch für die Schwärzungen in den Protokollen.

Natürlich sollen Namen von Mitarbeitern anonym bleiben. Vielleicht sind Schwärzungen auch deshalb erforderlich, weil die Juristen sich nicht einig sind, welche Informationen, Studien, Daten oder Infos rechtlich veröffentlichbar sind. Doch täte das RKI nun gut daran, dies zügig zu prüfen. Es nähme der Diskussion viel Feuer, wenn die

maßgeblichen Schwärzungen aus den Texten entfernt werden könnten. Denn: Transparenz muss das Gebot der Stunde sein, damit die extremen Ränder – wie sie agieren, zeigt die heutige Aktuelle Stunde deutlich – nicht weiter genährt werden.

Aus dem Kontext der bisher einsehbaren Infos aus den RKI-Protokollen lässt sich schließen, dass das RKI die Risikobewertung selbst vorgenommen und dann nur noch auf die Freigabe gewartet hat. Nach den Informationen, die mir vorliegen, gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass es sich hierbei um eine externe Person, etwa den damaligen Bundesgesundheitsminister, gehandelt hat.

Zu Beginn herrschte große Verunsicherung angesichts einer Pandemie derartigen Umfangs. Das darf bei der Beurteilung der damals ergriffenen Maßnahmen nicht vergessen werden. Wenn die AfD davon spricht, etwas zu "entlarven" oder jemanden zu "überführen", dann ist das erneut ein billiger Trick, um die Menschen hier in Bayern aufzuwiegeln, noch dazu, wenn so etwas von denjenigen kommt, die zu Beginn der Pandemie das Coronavirus verleugneten – Sie können sich sicherlich noch daran erinnern –, um wenig später die Maßnahmen der Staatsregierung gegen genau dieses von Ihnen verleugnete Virus als nicht ausreichend zu kritisieren. Ich kann mich noch gut an kontroverseste AfD-Diskussionsbeiträge im Gesundheitsausschuss, an das ewige Hin und Her in diesen Sitzungen erinnern. Ihre Meinung wendete sich immer so, wie es gerade für die Medien passte.

Ich möchte mit einem Denkanstoß schließen. Nachträglich zu sagen, was falsch lief, ist immer leicht, vor allem wenn man diejenigen fragt, die die Corona-Pandemie gut überstanden, gut überlebt haben und die in ihrem familiären Umkreis keine Toten zu beklagen haben. Ehrlichkeit, Klarheit und Selbstreflexion sind jetzt wichtige Tugenden für die Politik, die Wissenschaft, die Gesellschaft – und die Medien. Und natürlich Anstand; das gilt insbesondere für Sie von der AfD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Corona-Pandemie war ein einschneidendes Ereignis; es war für uns die schwierigste, ja schlimmste Situation seit dem Zweiten Weltkrieg. In Deutschland sind 183.000 Menschen an Corona gestorben. Sie fehlen uns, sie fehlen ihren Eltern, ihren Partnern, ihren Kindern, ihren Enkelkindern und ihren Freunden.

Fast niemand hatte sich vorher wirklich vorstellen können, was passieren würde und welche Maßnahmen zu treffen wären. Verhängt wurden Lockdowns und sonstige Freiheitseinschränkungen, Schul- und Kitaschließungen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Ja, wir müssen über die Corona-Zeit und die damals getroffenen Maßnahmen reden. Aufarbeiten und gemeinsam darüber nachdenken – das ist wichtig. Wir sollten auch in Bayern die Corona-Zeit und die damals ergriffenen Maßnahmen aufarbeiten. Eine Kommission unter Beteiligung von Wissenschaft und Politik kann dafür der richtige Weg sein. Oder es gibt eine andere Aufarbeitung im Landtag. Wir sollten die Aufarbeitung aber nicht Wissenschaft und Politik überlassen, sondern wir sollten auch die Bürgerinnen und Bürger in vernünftiger Weise daran beteiligen.

Gemeinsame Aufarbeitung – das ist etwas anderes, als die Corona-Zeit politisch für seine Zwecke auszuschlachten. Spaltung, Hass und Hetze – so, wie es von rechts außen praktiziert wird – sind der falsche Weg, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Über Corona in vernünftiger und einführender Art und Weise nachzudenken und zu reden, ist für uns als Gesellschaft und für jeden Einzelnen wichtig. Nur so können wir die Erfahrungen verarbeiten. Nur so können wir aus Fehlern lernen und uns richtige Entscheidungen für die Zukunft merken.

Wir wissen zum Beispiel, dass die Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen Kinder und Familien sehr stark belastet haben; das hat schon im Jahr 2021 die soge-

nannte COPSY-Studie ergeben. Fast jedes dritte Kind litt unter psychischen Auffälligkeiten. Das ist eine Momentaufnahme aus dieser Zeit.

Wer heute mit Kindern und Jugendlichen über diese Zeit spricht, der merkt auch ganz ohne Studie, wie sie diese Phase gestresst und belastet hat. Corona und die ergriffenen Maßnahmen haben das soziale Leben und die psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen zum Teil schwer beeinträchtigt.

Wichtig ist die Feststellung, dass es beides war: die Pandemie und bestimmte Maßnahmen. Das zeigen Untersuchungen aus Ländern, die mit dem Thema Schule unterschiedlich umgegangen sind.

Aber eines bleibt festzuhalten: Viele Kinder, viele Familien leiden noch heute darunter. Auch deswegen ist es richtig und wichtig, das aufzuarbeiten. Gerade mit Blick auf die Kinder müssen wir gemeinsam die richtigen Schlüsse aus der Corona-Zeit ziehen, auch in Bayern.

Natürlich ist es wichtig, auch über den ersten Lockdown zu reden. Wir wissen heute durch Gerichtsurteile, dass die damaligen Maßnahmen der Staatsregierung zu weit gingen. Die Freiheit der Menschen wurde zu stark eingeschränkt. Es war falsch und nicht verhältnismäßig, Menschen zu verbieten, im Freien auf einer Bank zu sitzen.

Wir müssen dabei aber auch bedenken: Die Politik traf Anfang 2020 Maßnahmen, um Menschenleben zu schützen. Viele Corona-Maßnahmen waren richtig und wichtig. Manche Maßnahmen waren überzogen und falsch; im Rückblick weiß man immer mehr. Wenn wir über die Corona-Zeit reden, müssen wir beachten, dass wir damals kaum Erfahrungen hatten, wie man mit einer Pandemie, mit einer solchen Gefahr umgeht.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem müssen wir das aufarbeiten. Eine Voraussetzung dafür ist Transparenz. Die RKI-Protokolle sind wichtig. Es ist gut, dass sie jetzt öffentlich sind und entschwärzt werden sollen. Schade ist, dass dafür eine Klage notwendig war.

Auch in Bayern sollten jetzt die Protokolle und die sonstigen Unterlagen zu Corona veröffentlicht werden – aus dem Kabinett, aus dem Gesundheitsministerium, aus dem Landesamt für Gesundheit. Die Veröffentlichung ist schon deswegen wichtig, weil von der Staatsregierung Maßnahmen getroffen wurden, die weiter gingen als Maßnahmen in anderen Bundesländern.

Natürlich sind die Perspektiven immer unterschiedlich. Wir in Deutschland diskutieren zu Recht kritisch über Corona-Maßnahmen. In Großbritannien läuft die Diskussion anders. Dort geht es um die Fehler und Versäumnisse der Regierung Johnson, die im Vergleich zu anderen Ländern zu viel mehr Toten geführt haben. Eine gute Aufarbeitung beleuchtet alle Seiten. Es ist wichtig, dass wir diese Aufgabe gemeinsam angehen. Nur so können wir als Gesellschaft Gräben überwinden und für die Zukunft lernen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt möchte ich aber schon an etwas erinnern, was die ganz rechte Seite hier vergessen hat, nämlich an die Rede, die der damalige Fraktionsvorsitzende Hahn am 19. März 2020 gehalten hat. Ich möchte daraus zitieren. Was Sie damals gesagt haben und wie Sie heute reden, ist sehr bemerkenswert. Sie haben damals gesagt:

"Am heutigen Tag kennt Bayern keine Parteien mehr; es gibt in diesem Sinne am heutigen Tag auch keine Opposition, sondern es gibt nur die Notwendigkeit, mit allen Mitteln für das Wohl der Gemeinschaft einzustehen."

So haben Sie damals geredet. Heute reden Sie ganz anders. Das zeigt, wie verwerflich das ist, was Sie hier machen. Sie wollen die Krise von damals ausnutzen, um daraus Ihr politisches Kapital zu schlagen. Das verurteilen wir.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei Corona ging es um Leben und Tod. Es ging darum, so gut wie irgend möglich Schaden von den Menschen in Bayern und in Deutschland abzuwenden. Es ging darum, Gesundheit zu schützen und zu erhalten. Es ging nicht darum, Menschen zu gängeln oder Macht auszuüben, wie dies die AfD hier nahelegt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schon der Titel der Aktuellen Stunde "Corona-Protokolle des RKI überführen Söder-Regierung" zeigt doch, dass Sie den Handelnden ganz andere Absichten unterstellen, nämlich unlautere Absichten. Sie unterstellen ihnen eine Motivation, die nicht das Wohl der Bürgerinnen und Bürger ins Zentrum stellt. Sie mutmaßen über eine vielleicht sogar internationale Verschwörung. Das ist von Anfang bis Ende Quatsch!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Das ist auch eine Beleidigung für alle, die zu dieser Zeit Tag und Nacht alles getan haben, um Menschenleben zu retten, um Schutzmaterialien zu organisieren, um einfach unbürokratisch zu helfen. Sie haben dabei oft genug sich selbst und ihre Familien vernachlässigt. Mit dem Titel dieser Aktuellen Stunde stellen Sie diesen großen Einsatz so vieler in Abrede. Das geht so nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb ist es gerade der Geist, der hinter dieser Aktuellen Stunde steht, der mich und uns alle stört, der mich und uns alle betroffen macht und der mich und uns alle

maßlos ärgert. Sie diffamieren nämlich damit Menschen persönlich. Sie bezeichnen unseren Staat als "Unrechtsstaat". Das ist ungeheuerlich, und das ist abscheulich.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Gerade wurde darauf hingewiesen: Die AfD hat am 25. März 2020 für das Bayerische Infektionsschutzgesetz gestimmt. Deswegen ist das, was Sie hier gesagt haben, nicht nur abscheulich und verlogen, sondern auch tatsächlich falsch und irreführend. Dieser Redebeitrag war von hinten bis vorne falsch.

Meine Damen und Herren, inhaltlich können wir über jede einzelne Maßnahme, die getroffen wurde, sprechen. Sollte es aber das gemeinsame Fundament, wonach wir alle das Beste für die Menschen wollen, nicht geben, weil Sie dieses Fundament abstreiten, dann können wir uns diese Debatte sparen; denn dann wird nie etwas Konstruktives herauskommen. Dann ist jede Minute, in der wir hier diskutieren, vergeudete Zeit.

Der zweite Grundsatz, über den wir uns einigen müssen, ist der, dass wir die Menschen auch in Zukunft bestmöglich schützen wollen. Das ist unser großes Ziel. Dafür sind wir als Gestalter und Politiker verantwortlich. Ja, natürlich müssen wir zurückblicken, um aus dem Geschehenen zu lernen. Dabei geht es aber nicht um eine Rückschau um der Rückschau willen oder darum, alles noch einmal durchzuspielen und den Handelnden Noten zu geben. Es geht auch nicht darum, sich an einzelnen Maßnahmen zu ergötzen, die suboptimal gewesen sind. Nein, es geht darum, dass wir für die Zukunft möglichst optimal gerüstet sind. Wir wollen uns an Vergangenen nicht ergötzen, sondern daraus lernen. Liebe AfD, die Maxime lautet deshalb nicht "rückwärts-gewandt", sondern "zukunftsorientiert"; denn es kann wieder zu einer solchen Pandemie kommen. Wir müssen darauf möglichst gut vorbereitet sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben bereits einiges gelernt. Wir hatten für eine solche Katastrophe keine Blaupause. Jetzt wissen wir, dass wir auf Schutzausrüstungen Wert legen müssen. Wir haben ein Pandemiezentralager eingerichtet. Wir müssen die Arzneimittelproduktion in das europäische Inland zurückholen. Wir müssen in der Lage sein, eine solche Produktion hier aufwachsen lassen zu können. Die Dramatik des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen ist klar geworden. Deshalb müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Menschen für pflegerische und medizinische Berufe zu begeistern. Wir müssen den Pflegepool verstetigen. Wir müssen die Pflege der Pflegenden erhalten.

Die Pandemie hat auch gezeigt, dass wir ein flächendeckendes Krankenhaussystem mit wohnortnahen Krankenhäusern brauchen. Heute zeigt sich, dass das in Berlin nicht angekommen ist. Wir haben auch die psychischen Folgen der Pandemie im Blick. Die Nummer des Krisendienstes lautet 0800/6553000. Diese Nummer muss unbedingt weitergetragen werden.

Das sind die Punkte, die wir gelernt haben oder die wir noch lernen müssen. Die Maßnahmen waren zu jeder Zeit transparent und verhältnismäßig. Die FREIEN WÄHLER und die CSU haben sich innerhalb der Koalition immer gut abgestimmt und das geeignete, notwendige und mildeste Mittel gewählt. Das war eine gute Zusammenarbeit. Für uns stand und steht der Mensch im Mittelpunkt all unserer Maßnahmen. Wir danken allen, die aufopferungsvoll für das Leben der Erkrankten gekämpft haben. Unsere Gedanken sind bei den Verstorbenen und bei all denen, die noch heute unter Long COVID leiden.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Bernhard Seidenath (CSU): Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Roland Magerl für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Krahl, Sie haben gerade in Ihrer Rede unserer Fraktionsvorsitzenden vorgeworfen, dass sie nur "Mist" von sich gebe. Sie stellen sich hierher und sagen, bei den Protokollen seien nur die Namen geschwärzt worden. Das ist eine glatte Lüge. In den Protokollen wurden ganze Passagen geschwärzt. Heute wurde schon mehrfach gefordert, diese Passagen offenzulegen. Da können Sie nicht einfach sagen, es seien nur Namen geschwärzt worden. Sie versuchen damit, uns den Schwarzen Peter zuzuschieben.

(Beifall bei der AfD)

Herr von Brunn, zu Beginn der Corona-Pandemie war wirklich einiges unklar, auch für uns. Im Gesundheitsausschuss hat keiner von uns gewusst, was auf uns zukommt. Daher gab es anfangs innerhalb der AfD unterschiedliche Sichtweisen. Medial wird dies der AfD sehr gerne als Zerstrittenheit ausgelegt. Doch gerade bei diesem Thema, das so viele massive Einschnitte in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger nach sich gezogen hat, ist es wichtig, sich kontrovers darüber auszutauschen und sich verschiedene Meinungen anzuhören, sei es von Experten oder von Fraktionsmitgliedern.

Meine Damen und Herren, durch unterschiedliche Meinungen können wir zu einem vernünftigen Ergebnis kommen. Im Gegensatz dazu wurden jedoch Kritiker und Andersdenkende kaltgestellt und diffamiert. Wir erinnern uns an den Gesundheitsamtsleiter, Herrn Dr. Friedrich Pürner, der wegen seiner Kritik kurzerhand versetzt wurde. Ich nenne außerdem Herrn Prof. Dr. Christoph Lütge, der wegen seiner Kritik an den Corona-Maßnahmen aus dem Bayerischen Ethikrat geworfen wurde.

Ende April 2020 war absehbar, womit wir es wirklich zu tun haben. Nur die AfD war für alle Bürger bestrebt, die willkürliche Corona-Politik abzumildern.

(Beifall bei der AfD)

Was war passiert? – Wir hatten eine vollkommen neue Herangehensweise an eine Krankheit. Nahezu jedes Symptom wurde sofort mit Corona assoziiert. In der Bevölkerung wurden Angst und Unsicherheit erzeugt, wie wir sie so noch nicht erlebt haben. Im Verlauf der Pandemie hat sich eine weitere Besonderheit gezeigt. So wurde nicht – wie zum Beispiel bei Influenza üblich – die Zahl der Erkrankten für jede Saison neu erhoben, sondern das Ganze wurde einfach fortgeschrieben. Eine solche Gesamtanzahl an Erkrankten hört sich gleich viel dramatischer an. Wollte man auf diese Art und Weise Betroffenheit erzeugen? Die ausufernde Anzahl an Testungen, die es so bei keiner anderen Krankheit zuvor gab, treibt die Zahl natürlich extrem in die Höhe.

Ein weiteres Thema waren die Impfungen. Das Thema wurde so aufgebläht und mit Versprechungen versehen, dass sich viele einer "freiwilligen" Impfung gar nicht mehr entziehen konnten. Es wurde enormer gesellschaftlicher Druck aufgebaut. Man redete den Menschen ein, mit einer Impfung würden sie die Freiheit oder bestimmte Privilegien zurückerlangen. Das RKI sprach sich am 5. März 2021 dem Protokoll zufolge gegen Privilegien beim Nachweis des Impfstatus aus. Das RKI nannte diese fachlich nicht begründbar und nicht sinnvoll. Die Politik, auch hier im Landtag, wollte dann die allgemeine Impfpflicht. Was haben wir nach der ersten Impfung, dem Boostern, der dritten und der vierten Impfung erlebt? – Nicht etwa den schlagartigen Rückgang der Corona-Pandemie, sondern eine Häufung von Nebenwirkungen bis hin zu schwersten gesundheitlichen Einschränkungen, meine Damen und Herren.

Die Liste der politischen Verfehlungen ist sehr lang und würde hier den Rahmen sprengen. Dass wir in vielen Belangen richtiglagen, bestätigen mittlerweile freigelegte RKI-Protokolle. Wir sprechen hier von "freiklagen", nicht von "frei herausgeben". Zum Beispiel kommt das RKI in 13 verschiedenen Einträgen bis April 2021 immer wieder zu

dem Schluss, dass es keine fachliche Grundlage für eine Empfehlung von FFP2-Masken in der Bevölkerung gibt. Es wurde sich stur über die Empfehlungen hinweggesetzt, und die Maskenpflicht wurde weiter vorangetrieben. Die nicht geschwärzten Informationen aus den RKI-Protokollen sind alleine schon alarmierend, meine Damen und Herren, aber was will man mit den geschwärzten Passagen verheimlichen? Es sollte im Interesse eines jeden anständigen Demokraten liegen, hier für größtmögliche Transparenz zu sorgen. All das und noch viel mehr belegt die fragwürdige Herangehensweise der Regierung an die Corona-Krise.

(Martin Wagle (CSU): Jetzt reicht's!)

Wir haben bereits am 20.07.2022 die Einsetzung einer Enquete-Kommission –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Redezeit wäre zu Ende.

Roland Magerl (AfD): – okay – gefordert, die leider abgelehnt wurde. Deshalb werden wir uns jetzt auf die Forderung versteifen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nun Herr Kollege Toni Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der Sitzung der Staatsregierung, in der sie den ersten Lockdown und damit die umfangreichsten Grundrechtseinschränkungen der Nachkriegszeit beschlossen hatte, gibt es nicht einmal ein Protokoll oder Unterlagen. Staatskanzleichef Florian Herrmann kaufte sich, wie er selbst sagte, zur Vorbereitung das Buch "Epidemiologie für Dummies". Wir alle – und ich betone hier das "Wir" – gerieten völlig unvorbereitet in diese Pandemie. Kaum einer auch hier im Haus war Mediziner, schon gar nicht Epidemiologe. Hierfür gab es keine Notfallpläne, kein festgelegtes Verfahren und keine Erfahrungswerte. Hinzu kam, dass unser Freistaat von einem egozentrischen Politiker geführt worden

ist, der Kanzler werden wollte. Immer einen Tag vor gemeinsamen Beschlüssen der Länder in Deutschland musste er bereits Tatsachen schaffen sowie schneller und härter sein. Nein, eine Kontaktbeschränkung genügte hier eben nicht; es musste eine Ausgangssperre sein!

Während die Staatsregierung die Vorschläge der demokratischen Opposition anfangs noch aufgenommen hatte, wie zum Beispiel zur Öffnung von Spielplätzen und zu den gegenseitigen Besuchsmöglichkeiten von Familien, wurden diese später alle abgelehnt, weil die Umfragewerte von 90 % für Markus Söder jegliche Fähigkeit der CSU, den eigenen Kurs zu überdenken, unmöglich gemacht hatten. Sie haben auch unsere Corona-Kommission abgelehnt, mit der wir bereits damals eine interdisziplinäre Begleitung der Maßnahmen gefordert hatten, um aus der Pandemie auch für die Zukunft zu lernen. Neben dem Egozentriker stand auch noch ein Populist, der als Korrektiv völlig versagte. Hubert Aiwanger hat alles mitgetragen und mitbeschlossen,

(Heiterkeit bei der AfD)

von Ausgangssperren über 2G bis zur Forderung nach einer Impfpflicht, und lässt sich jetzt von den Querdenkern als Freiheitskämpfer feiern. Respekt! Das hätte kein anderer geschafft.

Ein wichtiges Kapitel war der Kampf um die Parlamentsbeteiligung. Während anfangs alles ohne Begründung und ohne Parlamentsdebatte im Hinterzimmer der Staatskanzlei beschlossen worden ist, schafften wir es mit der Zeit gemeinsam, den Landtag wieder zum Zentrum von Debatten und Beschlüssen zu machen. Ich schlage vor, in Zukunft Artikel 48 unserer Verfassung zu erweitern. Dieser sieht bereits ein gutes Verfahren des Zusammenspiels der drei Gewalten in Notsituationen vor.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist unglaublich! Wahnsinn!)

Die Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen waren von Anfang an handwerklich schlecht gemacht, aber mit zunehmender Lobbyarbeit wurden sie immer komplizierter,

widersprüchlicher und unsinniger. Wer am lautesten schrie, wurde als Erstes geöffnet. Bei uns im Landkreis Freyung-Grafenau wurden am gleichen Tag, als die Schulen erneut geschlossen worden sind, die Baumärkte geöffnet. Die Kinder und Jugendlichen sind hierbei – weil ohne Lobby – völlig vergessen worden, mit Folgen bis heute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind die Opposition. Wir kritisieren die Regierung und legen den Finger in die Wunde. Das ist unser Job. Aber natürlich ist der Blick zurück im Nachhinein einfacher als die richtige Entscheidung in der jeweiligen Situation. Hätten wir es besser gemacht? – Ich weiß es nicht, wahrscheinlich nicht.

(Michael Hofmann (CSU): Auf jeden Fall nicht!)

Wir hätten manche Fehler nicht begangen, aber dafür andere. Auch wir sind geschwommen, waren immer wieder hin- und hergerissen, haben diskutiert und gestritten und Expert:innen verschiedenster Richtungen in unsere Fraktion eingeladen. Wir haben die wenigen unterschiedlichen Fakten, die es gab, abgewogen und wussten nicht immer, welcher Weg der richtige sein würde, aber wir waren konstruktiv und sachlich. Die Demokrat:innen im Landtag waren sich stets in der Richtung einig. Allein über die Details und die Verfahren wurde gestritten, aber der Weg war im Großen und Ganzen richtig. Das sollte man bei aller Kritik immer wieder verdeutlichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch dadurch haben wir gemeinsam den Zusammenbruch des Gesundheitswesens verhindert.

Jetzt müssen wir uns die Frage stellen: Was lernen wir daraus? Ich bin dem deutschen Vizekanzler Robert Habeck dankbar, dass er hier die Führung übernommen hat.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Oh! Juhu!)

Seine Forderung nach einer umfangreichen Aufarbeitung teilen wir,

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Juhu!)

und dies nicht erst seit heute, sondern bereits vielfach in der Vergangenheit; denn wir dürfen nie wieder unvorbereitet sein, wenn die nächste Pandemie kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächste Frau Kollegin Carolina Trautner.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel – das wurde schon oft gesagt – dieser Aktuellen Stunde ist sehr aufschlussreich. Anscheinend geht es einer Fraktion hier im Haus wieder nur darum, die Gesellschaft zu spalten, und das in unseren Zeiten! In unseren Zeiten ist Zusammenhalt notwendiger denn je. Das Vertrauen, dass von den politisch Agierenden in kritischen Ausnahmesituationen verantwortungsvolle Entscheidungen getroffen werden, die mehrfach abgewogen und diskutiert werden und auf aktuellem Expertenwissen basieren, ist wichtig. Es ist fahrlässig, um nicht zu sagen verantwortungslos, hier zu suggerieren, dass willkürlich und intransparent gehandelt wurde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Ebner-Steiner – jetzt ist sie leider nicht mehr hier – hat zitiert, und ich kann an dem Beispiel festmachen, dass, wenn dabei Dinge fehlen, der Kontext ein ganz anderer ist. Frau Kollegin Ebner-Steiner hat aus den RKI-Protokollen zitiert, dass Konsequenzen des Lockdowns zum Teil schwerere Konsequenzen als COVID selbst gehabt haben. – Man muss aber schon dazu sagen, dass dieser Satz im Abschnitt zum Verlauf der Pandemie in Afrika steht.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Dort steht weiter, dass befürchtet wird, dass es aufgrund von Lockdowns zu Lücken in der Behandlung von Tuberkulose kommen kann, Routineimpfungen nicht durchgeführt werden können und dadurch eine steigende Kindersterblichkeit zu erwarten ist.

(Michael Hofmann (CSU): Aha!)

Daran schließt sich die Feststellung an, dass die Konsequenzen des Lockdowns zum Teil schlimmer sein könnten als die von COVID-19 selbst – in Bezug auf Afrika. Es ist also absolut irreführend, wenn man den Kontext an dieser Stelle weglässt.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich weiß, wovon ich rede, da ich in dieser Zeit selbst Verantwortung an vorderster Front übernehmen durfte: für vulnerable Gruppen, für Schwächere, die sich selbst nicht schützen konnten, für Menschen mit Behinderung, für Kinder und Jugendliche und für Senioren. Allein für die Entscheidungen, die wir für die Kitas getroffen haben, haben wir einen ganzen Stab von Experten einberufen: Kinderärzte, Psychologen, Arbeitsmediziner, Kitaleitungen, Verantwortliche aus dem Jugendamt. Keine einzige Entscheidung ist also im Alleingang gefällt worden. Im Gegenteil, wir haben gemeinsam beraten, abgewogen und diskutiert. Anschließend sind wir – das hat der Kollege Krahl schon gesagt – ins Parlament gegangen. Natürlich stellt man im Rückblick kritisch fest, dass die eine oder andere Entscheidung so nicht hätte fallen müssen. Warum sie dennoch so getroffen wurde, haben die Kollegen bereits deutlich ausgeführt. Ich habe immer noch die damals sich täglich bei mir meldenden Erzieherinnen in Erinnerung, die sich riesige Sorgen gemacht haben. Ich habe immer noch die Verzweiflung mancher Eltern vor Augen, die uns noch für allzu sorglos hielten.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

Natürlich hatten die Maßnahmen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche. Ihnen brachen die sozialen Kontakte weg. Sie haben durch Schulversäumnisse erhebliche Lernlücken im Schulstoff entwickelt. Sie hatten wenig Sport, keinen Ausgleich durch

Musik oder Vereinsarbeit. Einige haben Essstörungen aufgrund depressiver Phasen entwickelt. Das alles ist nicht wegzuleugnen. Die psychischen Probleme haben zugenommen. Der Schalter lässt sich hier auch nicht einfach wieder umlegen. Man kann nicht einfach so tun, als wäre alles wieder normal.

Verantwortung zu tragen, bedeutet aber, daraus zu lernen. Verantwortung zu tragen, bedeutet, zu helfen, die Dinge wieder ins Lot zu bringen und nach vorne zu blicken. Deswegen müssen wir mehr niederschwellige und gut erreichbare Hilfsstrukturen schaffen, um psychische Krisen möglichst zu vermeiden. Die ambulante, psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung gerade im Kinder- und Jugendbereich ist nicht bedarfsdeckend. Wir brauchen ein dichteres Hilfsnetz und kürzere Wartezeiten. Wer kümmert sich darum? – Der AK Gesundheit der CSU gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN und den anderen demokratischen Parteien. Es ist ein Jammer, dass Besserwisser zwar alles besser wissen, aber nichts besser machen. Das hat einmal jemand gesagt.

(Ferdinand Mang (AfD): Beweise!)

Ich halte sehr viel von Transparenz und wohlüberlegtem und verantwortungsvollem Handeln. Das gilt im Übrigen nicht nur in Krisenzeiten, sondern auch im politischen Alltag. Deshalb gilt jetzt mehr denn je, nach vorne zu blicken, aus den Geschehnissen zu lernen, für neue Ereignisse, die kommen werden, gewappnet zu sein und vor allen Dingen zusammenzuhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Ramona Storm.

(Beifall bei der AfD)

Ramona Storm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Minister, meine Damen und Herren! Also, ich muss jetzt einmal kurz abweichen. Ihr macht mich jetzt

ein bisschen baff. Herr Prof. Dr. Bausback kennt keine Richter, die ein Urteil positiv abgegeben hätten. Wenn ein Richter ein positives Urteil spricht, dann bekommt er eine Hausdurchsuchung und anderen Ärger. Die anderen Richter sind dann natürlich etwas vorsichtiger,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Unsinn! – Martin Wagle (CSU): Wahnsinn!)

gewisse Urteile zu sprechen.

(Michael Hofmann (CSU): Woher haben Sie denn das?)

– Ja, das ist Wahnsinn, nicht wahr? Herr Hofmann, Sie können ja nachher noch sprechen.

(Michael Hofmann (CSU): Nein, eben nicht!)

– Okay. Sie wissen auch, dass Ärzte, die nicht auf dem allgemeinen Weg laufen, ausgegrenzt werden, wie zum Beispiel Dr. Wodarg oder Prof. Dr. Bhakdi.

(Klaus Holetschek (CSU): Querdenker par excellence! Das sind doch Querdenker! Ist die Erde eine Scheibe?)

– Die Ärzte gibt es doch, nicht wahr? Die haben wir nicht erfunden. Sie müssen sich mal fragen, warum diese Ärzte ausgegrenzt werden, wenn Sie von einem demokratischen Prozess sprechen und von einem Miteinander.

(Martin Wagle (CSU): Das macht einen Rechtsstaat aus!)

Warum grenzt man diese Ärzte aus?

(Beifall bei der AfD)

Warum erhält ein Richter wegen eines Urteils eine Hausdurchsuchung?

Stiftung Warentest hat über das Maskentragen bei Kindern eine Untersuchung durchgeführt. Die Untersuchung wurde abgebrochen, weil das Ergebnis dermaßen schlecht

war. Das Ergebnis ist dann auch nicht veröffentlicht worden. Besser gesagt: Stiftung Warentest musste die Untersuchung abbrechen, weil das Ergebnis so schlecht war. Ich musste das jetzt einmal loswerden. Das scheint hier überhaupt nicht angekommen zu sein. Es gibt tatsächlich triftige Gründe.

(Martin Wagle (CSU): Allmächtiger!)

Zur Überraschung kommt noch hinzu, dass die RKI-Files geschwärzt sind. Dabei handelt es sich nicht nur um Namen, sondern um ganze Absätze. Das müssten dann schon sehr lange Namen sein.

(Lachen bei der AfD)

Wer sich noch im Glauben wiegt, dass alles richtig und korrekt gelaufen ist und nur zum Wohle der Bürger und nicht zum Wohl der Pharmaindustrie oder gewisser anderer, die an der ganzen Schutzkleidung etc. verdient haben, der muss noch ein bisschen mehr lernen. Das Bild von einer Intensivstation in Amerika wurde auch für eine Intensivstation in Italien verwendet; aber gut.

Jetzt kommt noch eine Überraschung: Der Oberste Gerichtshof der USA hat in einem Urteil bestätigt, dass die COVID-Impfstoffe keine Impfstoffe sind.

Sie haben meinen Kollegen Ingo Hahn zitiert, dass er alles für das Wohl des Volkes machen würde.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

– Ja, das machen wir immer noch. Dafür sind wir ja da.

(Beifall bei der AfD)

Weiterhin wurde in Amerika im Rahmen einer Studie bestätigt, dass die Schäden durch die mRNA-COVID-Gentherapie unumkehrbar sind. Robert Kennedy Jr. und Kollegen haben einen Prozess gegen die internationale Pharmalobby gewonnen. In den

USA müssen die aufgrund von Impfverweigerung entlassenen Mitarbeiter wieder eingestellt werden. Darüber lesen Sie in der deutschen Presse natürlich nichts. Das ist aber auch nicht anders zu erwarten. Deswegen erzähle ich es Ihnen einfach.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Über Schmerzensgelder für Impfgeschädigte wird noch verhandelt werden müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Krahl (GRÜNE))

Es ist allerhand, wie viele Impfgeschädigte wir haben. Ich habe über zwanzig Jahre lang auf einer Intensivstation gearbeitet und wir hatten bei uns die erste COVID-Station. Sie können mir daher schon zutrauen, dass ich weiß, wovon ich spreche.

(Beifall bei der AfD)

Die RKI-Protokolle, die vor allen Dingen stark geschwärzt sind, mussten freigelegt werden. In einem demokratischen Rechtsstaat, der mit Transparenz arbeitet, muss man Files erklagen – das ist unglaublich.

(Martin Wagle (CSU): Was macht denn einen Rechtsstaat aus?)

Trotzdem steht man hier und spricht von einem Rechtsstaat und von demokratischer Transparenz.

(Lachen des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) – Martin Wagle (CSU): Das ist ein Rechtsstaat! Wir haben Gewaltenteilung!)

– Ja, dass das für Sie ein Witz ist, ist natürlich klar.

(Beifall bei der AfD)

Von Ihnen hätte ich gar nichts anderes erwartet.

(Michael Hofmann (CSU): Ihre Vorstellung ist so peinlich!)

In dieser Krise willige Handlanger für Grundrechtsverletzungen – –

(Martin Wagle (CSU): Jetzt ist es gut! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ihre Redezeit ist zu Ende!)

– Wenn meine Redezeit zu Ende ist, dann gerne.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Sie ist zu Ende, Frau Kollegin.

Ramona Storm (AfD): Systemkonform gegen alles hetzen, was sich widersetzte – –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wenn Sie bitte zum Ende kommen, Frau Kollegin.

Ramona Storm (AfD): Jawohl, vielen Dank. Vielleicht haben Sie etwas von mir gelernt.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Staatsminister Dr. Florian Herrmann hat – für die Staatsregierung – um Erteilung des Wortes gebeten. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Eindruck, dass der demokratische Teil dieses Hauses es mittlerweile leid ist, jede Woche auf die hasserfüllten Tiraden der AfD-Fraktion erwidern zu müssen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der AfD: Oh!)

Aber es muss einfach sein. Wenn es einen Beweis dafür gibt, dass wir in einem liberalen und demokratischen Rechtsstaat leben, dann besteht er darin, dass solche Leute wie Sie von der AfD hier reden können.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wir werden jedes Mal dagegenhalten, und so auch heute, weil es für Leute wie Sie einfach keine Handbreit geben darf.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Matthias Vogler (AfD): Oh!)

Meine Damen und Herren, ich sage das nach dieser Rede Ihrer Fraktionsvorsitzenden ganz besonders deutlich; denn wenn es der Letzte noch nicht verstanden hat, heute hat man es verstanden: Sie von der AfD – und vor allem Sie, Frau Ebner-Steiner – leben

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das sagen Sie jedes Mal! – Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD) – Zuruf von der AfD: Jede Woche das Gleiche!)

in Ihrer ganz eigenen Welt, in Ihren Hasswelten aus Verschwörungstheorien, in Ihrem Hass auf die liberalen Gesellschaften, in Ihrem Hass auf den Parlamentarismus.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): In Liebe zur Freiheit!)

Meine Damen und Herren, nur dadurch erklärt es sich, dass sich jemand hier im Hohen Hause hinstellt und vom Freistaat Bayern, von unserem Land, von unserem System als einem "Unrechtsregime" spricht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Unglaublich!)

Welch ein Hohn: Die Knechte Putins sprechen von "Unrechtsregime"!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD – Katrin Ebner-Steiner (AfD): So ein Mist!)

Ich frage mich schon, wie viel Hass, wie viel Verachtung man für unseren Staat – –

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Wie viel Hass und Verachtung muss man eigentlich für unseren Staat, für unsere rechtsstaatlichen Strukturen haben?

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Schauen Sie in den Spiegel! – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Die Liebe zu den eigenen bayerischen Bürgern fehlt Ihnen! – Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

Wie sehr muss man Wissenschaft verachten? Wie sehr muss man Wahrhaftigkeit und Wahrheit verachten? Es kann gar nicht verdrehter, gar nicht verschwurbelter, gar nicht absurder, gar nicht unlogischer sein, um nicht gerade recht zu sein für die AfD.

(Benjamin Nolte (AfD): Zum Thema, bitte!)

Meine Damen und Herren, diese verdrehte Weltsicht kann einem eigentlich nur leidtun. Aber bei Ihnen tut es mir nicht leid, weil Sie böartig sind,

(Lachen bei der AfD)

weil Sie mit Ihrer Böartigkeit diese Gesellschaft auseinandertreiben wollen, weil Sie unser Land in seinem Zusammenhalt zerstören wollen und weil Sie nichts als Verachtung übrig haben für dieses parlamentarische System.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Wer hier von "Unrechtsregime" redet und unseren Freistaat Bayern und unsere liberale Demokratie und offene Gesellschaft damit meint, der hat sein Recht verwirkt, hier Abgeordneter zu sein. Insofern ergeht aber eine Warnung – –

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe der Abgeordneten Martin Böhm (AfD), Matthias Vogler (AfD), Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD) und Christoph Maier (AfD) – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

– Getroffene Hunde bellen. Getroffene Hunde bellen. Wunderbar! Getroffene Hunde bellen. Ich habe Sie offenbar getroffen – sehr gut!

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Eine Frechheit ist das! Unglaublich!)

Im Übrigen kann ich nur dem Kollegen Schuberl raten: Achtung, Achtung, in welche Richtung Sie abbiegen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Lachen bei der AfD)

Sie haben mit Teilen Ihrer Rede heute durchaus das Geschäft der Extremen betrieben;

(Zuruf von den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

denn es ist natürlich, Herr Kollege Schuberl,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

auch eine Art Verschwörungstheorie, Entscheidungen für bestimmte Corona-Maßnahmen mit völlig sachfremden Dingen der Bundespolitik in Verbindung zu bringen. Das ist auch ein Stück weit Verschwörungstheorie, die wir zu Recht am rechten Rand kritisieren, die wir bei Ihnen von den GRÜNEN aber genauso kritisieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr Kollege Schuberl, eigentlich ist das nicht Ihr Niveau – das muss ich schon mal sagen. Ich halte mich lieber an den Praktiker Krahl als an den Ideologen Schuberl.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich bin jedenfalls – ich glaube, da spreche ich für die gesamte Staatsregierung und auch für beide Regierungsfraktionen – unserem Ministerpräsidenten Markus Söder für seine beherzte Führung in dieser schwierigen Zeit sehr dankbar.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe der Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD) und Martin Böhm (AfD))

Diskutieren kann man viel. Man kann sich auch mit vielen Expertinnen und Experten beraten, was wir auch getan haben; am Ende des Tages muss aber eine Entscheidung getroffen werden, und zwar eine lageabhängige Entscheidung. Das ist auch der Grund dafür, dass in Bayern das eine oder andere Mal anders entschieden worden ist als anderswo: weil die Lage bei uns anders war. Erinnern wir uns: Die Webasto-Fälle waren vorbei. Wir dachten, das Ganze ist ausgestanden. Dann kamen die Faschingsferien. Dann kamen die Reiserückkehrer, und dann ging es wieder los, und zwar anders als anderswo, weil bei uns wegen viel mehr Mobilität auch viel mehr Fälle aufgetreten sind.

Das war dann auch bei den nächsten Wellen im Sommer so, als wieder Menschen aus den Ferienurlaube zurückkehrten. Das war einfach eine andere Lage als anderswo. Wir mussten damals beherzt entscheiden. Diese Stunden der Entscheidung in beispiellosen Lagen, in Situationen, für die es keine Blaupause und kein Textbuch gab, in dem man hätte nachlesen können, sind Stunden der einsamsten und schwierigsten Entscheidungen. Für Entscheidungen unter solchen Bedingungen braucht es Kraft und Rückgrat. Unser Ministerpräsident hat genau das bewiesen, und zwar zusammen mit der Staatsregierung und den beiden Regierungsfractionen. Deshalb können wir ihm heute auch im Rückblick auf diese Situationen für seine Entscheidungen ganz besonders danken, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Matthias Vogler (AfD))

Es ging von vornherein immer nur um eines, nämlich unseren Verfassungsauftrag, unseren Eid zu erfüllen und für das Wohl der Menschen einzutreten, Menschen vor dem Tod zu bewahren, Menschen vor schweren Erkrankungen zu bewahren.

(Christoph Maier (AfD): Das haben Sie nicht geschafft!)

Die Bilder aus Bergamo wie auch die aus New York wurden heute schon mehrfach ins Gedächtnis gerufen. Für mich war der Bericht, eine Studie eines Instituts für Notfallmedizin über die Situation am Universitätskrankenhaus in Straßburg immer besonders eindrucksvoll. Dieses Krankenhaus ist vergleichbar mit Universitätsklinika, wie es sie auch in Bayern gibt. Damals hieß es, über achtzigjährige Infizierte würden nur noch palliativ behandelt. Das war die Maßgabe dort – nicht irgendwo auf der Welt, sondern in einem Nachbarland. Für uns war immer klar: Das darf in Bayern nicht passieren, das darf nicht eintreten, und wir müssen alles tun, um solche katastrophalen Situationen bei uns zu verhindern.

Meine Damen und Herren, im Rücktritt – im Rückblick betrachtet

(Martin Böhm (AfD): Rücktritt! Rücktritt ist gut!)

muss man deutlich sagen: Dieses Ziel, Menschenleben zu schützen, Menschen vor schweren Erkrankungen zu bewahren, haben wir erreicht. Es gibt Erhebungen des Landesamtes für Gesundheit, aus denen hervorgeht, dass Hunderttausende Menschenleben gerettet werden konnten, weil viele Menschen keine schweren Erkrankungen erlitten haben. Das haben wir aufgrund unserer Maßnahmen und aufgrund der klaren Führung erreicht. Das ist die Wahrheit – nicht das, was Sie behaupten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, noch etwas ist klar: In Situationen wie dieser – – Das ist eine allgemeine Binsenweisheit, die man nicht ständig wiederholen braucht; denn sie gilt nicht nur für die Bekämpfung einer Pandemie, sondern sie gilt für alle politischen Fragen, seien es außenpolitische, innenpolitische oder welche Entscheidungen auch immer. Im Nachhinein hat man Kenntnisse und einen Erfahrungsschatz und einen Erfahrungsstand, der rückblickend betrachtet die eine oder andere Einschätzung vermutlich kritisch erscheinen lässt. Das ist aber eine Binsenweisheit, die für alle Bereiche und das ganze Leben gilt, für jede Lebensentscheidung und jede einzelne Entscheidung, die jeder von uns trifft. Im Nachhinein ist man immer klüger. Das ist die Binsen-

weisheit. Man braucht jetzt nicht daherkommen und so tun, als sei das eine völlig neue Erkenntnis.

(Martin Wagle (CSU): So ist es!)

Meine Damen und Herren, klar ist aber: Diejenigen, die jetzt so billig wie Sie polemisieren, zeigen erneut – auch nach vier Jahren –, dass sie immer noch nicht begriffen haben, dass es sich bei Corona um eine hochkomplexe Katastrophe gehandelt hat, nämlich um eine, die sämtliche Lebensbereiche betroffen hat, jeden einzelnen Lebensbereich.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Sie meinen die Maßnahmen! – Martin Böhm (AfD): Genau, die Maßnahmen!)

Diese Katastrophe hat sämtliche Länder in Europa und sämtliche Länder auf der ganzen Welt betroffen und war nicht wie andere Katastrophen – etwa ein Erdbeben – nach einer gewissen Zeit zu Ende, wo man schauen könnte, dass man aufräumt und beim nächsten Mal ihren Eintritt verhindert, sondern sie hat sich fortgesetzt. Die Lage war dynamisch, und zwar bis hinein in das Virus selbst, das sich ständig verändert.

Man hat am Anfang gedacht, wir hätten es nur mit einem einzigen Virus und nicht mit mehreren Virusvarianten zu tun. Man dachte, wenn wir erst einmal einen Impfstoff haben und alle geimpft sind, haben wir Herdenimmunität. Dann stellt sich irgendwann heraus – das ist eine Erkenntnis der Wissenschaft –: Herdenimmunität ist nicht herzustellen, weil sich das Virus zu schnell anpasst.

(Katrín Ebner-Steiner (AfD): Es ist normal, dass sich ein Virus verändert! Dann hätte man was anderes machen können!)

Das ist die Komplexität. Mit dieser Komplexität muss man auch umgehen, wenn man die Dinge rückblickend evaluieren möchte, was auch völlig legitim ist. Aber dann muss man diese Komplexität annehmen und nicht einfach so tun wie Sie nach dem Motto: Da gibt es drei Papiere im RKI, also war alles falsch. – Das ist Komplexitätsverweige-

rung und zeigt, dass Sie jedenfalls in den letzten vier Jahren und aus dieser Pandemie überhaupt nichts gelernt haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Rückblickend betrachten heißt, man muss sich auch immer ehrlich machen, welche Spielräume und Handlungsalternativen es damals in der damaligen Situation realistischerweise gegeben hat. Das ist eine echte Aufarbeitung – nicht Besserwissertum, Klugscheißertum aus der heutigen Sicht. Vielmehr muss man realistisch überlegen, was damals mit den damaligen Erkenntnissen die alternative Entscheidung gewesen wäre. Alles andere ist selbstgerecht und wird übrigens auch all denen nicht gerecht, die ihr Bestes gegeben haben. Ich spreche da nicht nur vom Ministerpräsidenten, der Staatsregierung und allen anderen, sondern ich spreche auch von denen, die draußen die Arbeit als Pflegerinnen und Pfleger oder als Ärzte getan haben.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Wir haben vorhin genau darüber gesprochen!)

Ich spreche von der Bundeswehr, die ihre Einsätze beim Contact-Tracing gemacht hat; von den Behörden und Gesundheitsämtern, die bei den Arbeiten, die sie leisten mussten, sozusagen zu ungekannten Höhen aufgefliegen sind; von den ehrenamtlichen FÜGKs in den Landratsämtern, wo Tausende von Menschen Tag für Tag über den Zeitraum von fast drei Jahren mehr gearbeitet haben, als sie sich das selber je vorstellen konnten. Auch denen tut man Unrecht, wenn man im Nachhinein sagt, das sei alles irgendwie Mist und irgendwie falsch gewesen.

Meine Damen und Herren, wir folgen diesen Ideen der AfD deshalb nicht. Selbst scheinbar so objektive Dinge wie Papiere, Unterlagen und Protokolle aus dem RKI werden von Ihnen im Sinne Ihrer Ideologie umgelogen. Verschwörung statt Aufklärung – das ist Ihr Mindset.

Ich kann nur das Beispiel der Kollegin Trautner wiederholen: Wer rumläuft und einen Satz zitiert, dem zufolge der Lockdown zum Teil schwerere Konsequenzen als COVID selbst hatte, aber weglässt, dass es sich dabei um eine Betrachtung der Situation in Afrika handelte, in der es darum ging, dass Lücken bei der Tuberkulose- und bei sonstigen Routineimpfungen eingetreten waren, der zeigt doch, wes Geistes Kind er ist und dass er es mit der Wahrheit nicht ernst meint, sondern dass er herumlügt, um Verschwörungstheorien zu verbreiten.

Ich kann nur sagen: Wir haben in Deutschland eine völlig andere Alterspyramide. Unser Ziel war doch immer, die vulnerablen Gruppen zu schützen. In anderen Ländern gibt es vulnerable Gruppen nicht in dieser Form. Also war es doch völlig richtig, so zu handeln. Man kann doch nicht Beispiele aus anderen Teilen der Welt heranziehen, um so zu tun, als wären das Fehler hier gewesen. Allein daran sieht man schon: völlig falscher Ansatz!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Andreas Krahl (GRÜNE))

Ich will dann schon noch einmal darauf hinweisen, dass die Maßnahmen, die wir getroffen haben, natürlich nicht einfach so getroffen wurden, wie der Titel Ihrer Aktuellen Stunde vermuten lässt. Sie sind, wie ich schon gesagt hatte, mit wissenschaftlicher Expertise, die wir uns geholt haben und die zum Teil auch in sich unterschiedlich und widersprüchlich war, getroffen worden; wie es halt in einer dynamischen Lage ist, in der auch in der Wissenschaft jeden Tag Erkenntnis hinzukommt. Das ist doch völlig logisch. So haben wir es gemacht. Wer so denkt wie Sie, der denkt natürlich komplett unwissenschaftlich; das wundert mich aber natürlich nicht.

Ich erinnere an den 21. Oktober 2020: "Es ist ernst" wurde das Papier von Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft und den anderen vier, also insgesamt sechs großen deutschen Forschungseinrichtungen und -organisationen überschrieben: "Es ist ernst". Darin war genau dargelegt, was passieren würde, wenn jetzt – im Okto-

ber 2020; das war vor Weihnachten und mitten in dieser Welle – nicht gehandelt würde.

Darin stand klipp und klar, die Krankenhäuser würden überfordert sein. Es würde nicht mehr möglich sein, Notfallbehandlungen durchzuführen. Es würde nicht mehr möglich sein, den Menschen die medizinische Hilfe, die sie erwarten können, zu geben. Das ist nur eines der Beispiele für die wissenschaftliche Expertise, die man herangezogen hat.

Hätten wir denn das ignorieren sollen? Hätten wir sagen sollen: So what; wird schon gut gehen? – Das ist eine Art, in der Sie arbeiten können; Sie können das machen. Das ist nicht der Stil einer seriösen Regierung, die den Amtseid darauf geschworen hat, die Gesundheit der Menschen in diesem Land zu bewahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Ich sage abschließend: Wir haben das Ganze nicht im stillen Kämmerlein gemacht, so wie hier behauptet wird. – Kein früherer bayerischer Ministerpräsident hat in einer Legislaturperiode so viele Regierungserklärungen abgegeben. Ich bezweifle, dass es in Deutschland überhaupt irgendeinen gibt, der dem Parlament für die Maßnahmen so oft Rede und Antwort gestanden hat.

Wir haben die Maßnahmenverordnung, ohne dass es zwingend gesetzlich vorgeschrieben gewesen wäre, hier im Haus diskutiert und auch abgestimmt. Somit war das auch demokratisch legitimiert.

Wie es in einem Rechtsstaat üblich ist, kann jeder vor Gericht gehen und das noch einmal überprüfen lassen. Das wurde tausendfach gemacht. Und wie viele davon haben gewonnen? Und wie oft haben wir gewonnen? – Wir haben die weit überwiegende Zahl der Verfahren gewonnen. Ich glaube, es sind nicht einmal zwei Prozent, wo wir den einen oder anderen kleinen Punkt nicht gewonnen haben. Vor den Verwal-

tungsgerichten hat es gehalten, vor den Oberverwaltungsgerichten, vor dem Bundesverwaltungsgericht, dem Bundesverfassungsgericht und dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Überall hat es gehalten.

Warum? – Weil wir es mit Augenmaß betrieben und lageabhängig auch nachgesteuert haben. In der einen Woche so, in der nächsten Woche weiterentwickelt. Wir haben Gerichtsurteile berücksichtigt. Das Ganze Instrumentarium, wie es sich in einem Rechtsstaat gehört. Genau so haben wir das durchgeführt, und darum haben wir der gerichtlichen Kontrolle auch standgehalten, meine Damen und Herren.

Wir haben uns da also nichts vorzuwerfen. Ich glaube, wir sind mit dieser Pandemie in einer Art und Weise konfrontiert worden, wie sie sich niemand vorstellen konnte. Seien wir froh, dass wir nach einem Jahr den Impfstoff, den Sie auch immer diskreditieren, hatten.

Ich erinnere daran: 100 Jahre vorher hatten wir die Spanische Grippe. 38 Jahre nach der Spanischen Grippe hatten die Menschen einen Impfstoff. 10 oder 12 Jahre danach haben sie überhaupt erst verstanden, worum es eigentlich gegangen war. Wir haben 12 Monate nach dem ersten Auftreten damit begonnen, die Menschheit durchzuimpfen: bei uns und weltweit. Das ist ein extremer Fortschritt der Medizin, den Sie auch leugnen.

Ich wünsche niemandem, dass er in einer Welt leben muss, in der es diesen medizinischen Fortschritt, den unsere Generation genießen kann, nicht gibt. Das mag vielleicht Ihre Vorstellungswelt sein, meine ist es nicht. Ich bin froh, dass wir diesen Fortschritt haben. Der Freistaat Bayern wird diesen Weg der Innovation und des Fortschritts – gerade bei der medizinischen Forschung – weitergehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage deshalb abschließend: Natürlich kann man jeden Abschnitt der politischen Geschichte aufarbeiten. Man sollte es nur seriös tun. Ich glaube, es ist in erster Linie

Sache der Wissenschaft, so etwas wie eine Pandemie aufzuarbeiten. Es gibt heute viel mehr Daten und Grundlagen, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – seien es Epidemiologen oder Modellierer – zugrunde legen können, um Schlüsse für künftige Einsätze und künftige Pandemien zu ziehen. Man soll das aber wissenschaftlich seriös machen.

Bei vielen, die jetzt politische Aufarbeitung fordern, sind doch Entscheidung und Urteil schon längst gefällt. Wenn jemand auftritt und sagt, die Schulschließungen waren ein Fehler, man muss das jetzt endlich mal aufarbeiten, dann frage ich mich: Was muss ich da aufarbeiten, wenn ich vorher schon sage, das war ein Fehler? – Das ist ein völlig falscher Ansatz. Deshalb lehnen wir das bei aller Offenheit für wissenschaftliche Betrachtung auch ab; denn nur ohne politische Instrumentalisierung werden wir für künftige Situationen auch klüger.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Haben Sie die Protokolle überhaupt gelesen?)

Ich glaube deshalb: Wir wollten das Richtige tun. Es ist uns auch größtenteils gelungen, das Richtige zu tun, um die Bevölkerung und dieses Land zu schützen. Ich bin all denen, die daran mitgewirkt haben, dankbar. Ausdrücklich nicht der AfD!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.